

„Wie im Mittelalter die Ketzler aus dem Land, will man uns aus dem Dienst jagen“

Die Antwort zweier Postbeamter auf ein provokatives „Angebot“ von Minister Gscheidle

In der vergangenen Woche hatte Bundespostminister Gscheidle den beiden Postbeamten Hans Peter und Hans Meister ein „neues Angebot“ unterbreiten lassen, künftig als Angestellte unter diskriminierenden Bedingungen bei der Post bleiben zu „dürfen“. Am Montag haben die beiden Beamten das neuerliche Ansinnen mit folgendem Brief an das Ministerium zurückgewiesen:

Sehr geehrter Herr Minister Gscheidle!

Am 13. 10. 1981 hat uns in dem Auftrag der Abteilungsleiter 3 der OPD Stuttgart, Dr. Glasow, Dienstposten unserer jetzigen Besoldungsgruppe und unserer Fachrichtung bei der „Technischen Stelle“ des Fernmeldezeugamts (FZA) Rottenburg/Neckar angeboten. Vorhergegangen war Ende Juli Ihr Angebot auf Statuswechsel ins Angestelltenverhältnis bei Beschäftigung auf berufs- und ausbildungsfremden Dienstposten im sog. „nicht sicherheitsempfindlichen Bereich“. Nach unserer Ablehnung dieses Angebots fand am 14. 8. 1981 bei der OPD Stuttgart ein Gespräch mit Ihrem Referenten 311, Dr. Hofmann, statt, bei dem unsere bevorstehende Umsetzung – falls nicht schon geschehen – angekündigt wurde.

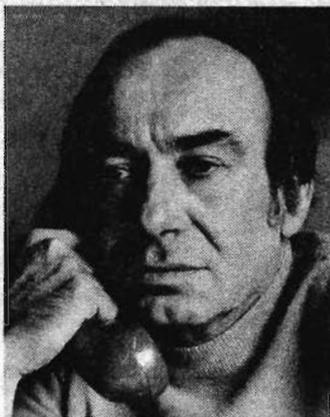
Wir lehnen auch dieses neue Angebot ab, da wir – unabhängig davon, daß uns und unseren Familien ein Dienstort mehr als 60 km von unserem jetzigen Wohn-, Schul- und Heimatort zugemutet wird – allen Grund haben, an der Ehrlichkeit auch dieses neuen Angebots zu zweifeln.

Uns wurde mitgeteilt, diese beiden Dienstposten beim FZA Rottenburg wären die einzigen technischen Dienstposten, auf denen wir nach Ihrer Meinung im OPD-Bezirk noch beschäftigt werden dürften. Wie früher Ketzler von den Fürsten und Bischöfen aus dem Land verjagt wurden, sollen wir uns als „wielichtige Gestalten“ nach Rottenburg ins Getto „Sicherheitsrisiko“ verbannen lassen – zur deutlichen Warnung und Abschreckung an die Zurückgebliebenen, sich von kritischem Denken und Handeln fernzuhalten.

Wir sollen die Präzedenzfälle dazu abgeben, nach deren Beispiel zukünftig politisch und gewerkschaftlich unbequeme Kollegen ohne viel Federlesen gemäßregelt werden können: Durch die Abstempelung als „Sicherheitsrisiko“, „Staatsfeind“ und „Volksschädling“, dem man nicht über den Weg trauen kann und darf. Was ein „Sicherheitsrisiko“ ist und wer das ist, ist je nach politischer Wetterlage frei variabel. Früher waren es die Sozialdemokraten selbst, später die Juden, heute wir Kommunisten. Daß heute schon wieder Gewerkschafter, Pazifisten und Christen als „Verfassungsfeinde“ Berufsverbot bekommen wie in Bayern oder Baden-Württemberg, beweist, daß ein „Sicherheitsrisiko“ zu sein, längst kein Privileg der Kommunisten mehr ist.

Immer wieder taucht – besonders in „Anhörungen“ durch die Sicherheitsreferate der Oberpostdirektionen – der Rückgriff auf „NATO-Richtlinien“, auf angebliche „Loyalitätskonflikte“ im „Verteidigungs- und Spannungsfall“ auf. Das „Sicherheitsrisiko“ der Militärs und Atomkriegsstrategen überwuchert die Grund- und Menschenrechte in diesem Land. Wenn es für einen US-Außenminister „wichtigere Dinge als den Frieden“ gibt, muß sich wohl auch bei der Bundespost das Grundgesetz auf die Notstandsgesetze reduzieren.

Am 10. Oktober sahen 300 000 Bürger dieses Landes in Bonn in der Atomrüstung der Bundesregierung auf Druck der USA das große Sicherheitsrisiko für unser Land und für den Frieden in Europa. In Artikel 26 des Grundgesetzes werden aber Handlungen gegen das friedliche Zusammenleben der Völker und



Hans Peter



Hans Meister

die Vorbereitung eines Angriffskrieges als verfassungswidrige Handlungen unter Strafe gestellt. Wir können Ihnen versichern, daß wir – getreu unserem Diensteid – auch diesen Artikel des Grundgesetzes aktiv gegen jeden verteidigen werden, der ihn verletzen will.

Unabhängig davon, daß unsere sozialen Interessen mit Füßen getreten werden, nährt ein anderes aktuelles Vorkommnis die Zweifel an der Lauterkeit Ihres Angebots. Da – angesichts des unmittelbar bevorstehenden Prozeßtermins –, die Annahme nur unter gleichzeitiger Annahme des Statuswechsels einen Sinn hätte, stellt sich die Frage nach unserer beruflichen Sicherheit als Angestellte. Nun ist aber längst bekanntgeworden, daß Ihr Minister- und Parteikollege Ehrenberg, Bundesarbeitsminister und für die Bundesanstalt für Arbeit politisch verantwortlich, in Freiburg der Entlassung des Fachanwärters beim Arbeitsamt Thomas Armbruster aus dem Angestelltenverhältnis seine Zustimmung gab. Also bietet ein SPD-Bundesminister Angestelltenverträge an, der andere wirft Angestellte auf die Straße. Die Karriere Beamter – Angestellter – Arbeitsloser ist bestechend!

Wir sind nicht bereit, Ihre

Berufsverbotspolitik durch Annahme in Ihrer Absicht durchsichtiger Angebote mitzutragen. Es ist uns klar, daß hinter diesem Angebot auch der Versuch steckt, diese Ablehnung gegen uns zu wenden, damit Politik gegen uns zu machen. Als „Beweis“, daß wir Kommunisten „Martyrer“ für unsere Sachen bräuchten. Als „Beweis“, daß wir an einer „Lösung“ der Berufsverbote nicht mitarbeiten wollten.

In diese Ecke lassen wir uns nicht stellen. Ihr Versuch, uns zur Zustimmung zu Maßnahmen zu zwingen, die uns als „Verfassungsfeinde“ und „Sicherheitsrisiken“ festschreiben, sehen wir als politische Erpressung. Daß wir dieser Erpressung nicht nachgeben, hat mit Märtyrertum nichts zu tun. Wir verteidigen damit unsere Ehre als Bürger und Beamte dieses Staates, aber auch unsere Ehre als Mitglieder einer politischen Bewegung, die am Zustandekommen dieses Grundgesetzes großen Anteil hat, die im antifaschistischen Widerstandskampf die größten Opfer gebracht hat.

Nicht wir sind, Ihre Berufsverbotspraxis ist ein Sicherheitsrisiko für unser Land!

Hochachtungsvoll
gez. Hans Peter
gez. Peter Meister